

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 23.12.2011

N i e d e r s c h r i f t

der 6. Sitzung des Ausschusses für Soziales,
Familie, Jugend, Frauen, Integration und Sport
am Mittwoch, dem 30.11.2011,

im Stadtverordnetensitzungssaal, Rathaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.

Sitzungsdauer: 19:00 - 19:40 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Inge Bietz
Herr Rolf Krieger Ausschussvorsitzender
Herr Zeynal Sahin
Herr Frank Walter Schmidt

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Jürgen Becker
Frau Julia-Christina Sator
Herr Dieter Kräske

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Klaus-Dieter Grothe
Frau Ewa Wenig

(in Vertretung für Stv. Greilich)

Stadtverordnete der FW-Fraktion:

Frau Elke Victor

Außerdem:

Herr Dr. Klaus Dieter Greilich FDP-Fraktion
Frau Elke Koch-Michel Fraktion LB/BLG
Herr Christian Oechler Piraten-Fraktion

Vom Magistrat:

Frau Gerda Weigel-Greilich Bürgermeisterin
Frau Astrid Eibelshäuser Stadträtin

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Andrea Allamode

Stellv. Schriftführerin

Entschuldigt:

Herr Gerhard Greilich

Fraktion B'90/Die Grünen

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, beantragt, die Vorlage STV/0588/2011 - *Antragsrecht des Ausländerbeirates, Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2011* - auf die Tagesordnung zu nehmen. Dieser gehöre von der Thematik definitiv in den Ausschuss für Soziales, Familie, Jugend, Frauen, Integration und Sport. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch, so dass Vorsitzender feststellt, dass die Vorlage als neuer TOP 5 behandelt wird.

Nachdem keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgebracht werden, stellt **Vorsitzender** fest, dass die Tagesordnung somit in der geänderten Form beschlossen ist.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Berichtsantrag zur Nutzung von Räumlichkeiten der Stadt Gießen STV/0581/2011
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 21.11.2011 -
3. Bekanntgabe der Standorte von Kinderspielplätzen in der Universitätsstadt Gießen STV/0586/2011
- Antrag der CDU-Fraktion vom 21.11.2011 -
4. Besetzung unbefristete Erzieher/-innen Stellen STV/0587/2011
- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2011 -
5. Antragsrecht des Ausländerbeirates STV/0588/2011
- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 21.11.2011 -

6. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Berichtsantrag zur Nutzung von Räumlichkeiten der Stadt Gießen **STV/0581/2011
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 21.11.2011 -**

Antrag:

- „1. Hat die Stadt Gießen Kosten von einem kirchlichen Träger für die Nutzung von Räumlichkeiten in der Ludwig-Uhland-Schule, der dort in städtischen Räumen Hausaufgabenhilfe angeboten hat, verlangt?
2. Wie hoch war die Summe und für welchen Zeitraum wurde diese erhoben?
3. Müssen jetzt alle Nutzer, von städtischen Räumen damit rechnen, dass Kosten erhoben werden? Falls ja welche, falls nein welche sind ausgenommen?
4. Sieht der Magistrat hier nicht ein Gleichheitsgebot für alle Nutzer von städtischen Liegenschaften, insbesondere im Zusammenhang mit der unentgeltlichen Nutzung der Osthalle von dem hiesigen Basketballverein?“

Stv. Koch-Michel, Fraktion LB/BLG, begründet kurz den Antrag.

Stv. Becker, CDU-Fraktion, bittet die Ziffern 1.- 3. und 4. getrennt abzustimmen.

Beratungsergebnis:

Ziffer 1. - 3. wird einstimmig zugestimmt.

Ziffer 4. wird mehrheitlich zugestimmt (Ja: SPD, GR; Nein: CDU, FW).

3. Bekanntgabe der Standorte von Kinderspielplätzen in der Universitätsstadt Gießen **STV/0586/2011
- Antrag der CDU-Fraktion vom 21.11.2011 -**

Antrag:

„Die Universitätsstadt Gießen hat das sehr ausführliche ‚Gießener Handbuch für

Kinder, Jugendliche und Familien' herausgegeben, das auch im Internet einzusehen ist. Wir bitten den Magistrat zu prüfen, wie dieses Werk und der Internetauftritt der Stadt um die Darstellung und Hinweise auf Gießener Kinderspielplätze zu erweitern ist."

Der Antrag wird für die CDU-Fraktion von **Stv. Sator** begründet. Sie führt unter anderem aus, dass gerade Familien, die nach Gießen gezogen seien, doch große Mühe haben, herauszufinden, wo die Spielplätze in der Stadt liegen. Sie regen an, eine entsprechende Übersicht der Spielplätze Gießens zu erstellen, die bei der nächsten Ausgabe des Handbuchs mit aufgeführt werde. Zudem sei eine Veröffentlichung im Internet denkbar.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**4. Besetzung unbefristete Erzieher/-innen Stellen STV/0587/2011
- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 21.11.2011 -**

Antrag:

„Die Der Magistrat wird beauftragt, insgesamt drei bisher befristete Erzieher-Stellen unbefristet zu besetzen.“

Stv. Grothe, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begründet kurz den Antrag.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich begrüßt den Antrag, denn die aktuell hohe Fluktuation und Freistände ergeben sich zum Teil auch aus den vielen befristeten Stellen in diesem Bereich.

An der Diskussion beteiligen sich zudem die Stv. Koch-Michel, Stv. Bietz und Dr. Greilich.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**5. Antragsrecht des Ausländerbeirates STV/0588/2011
- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 21.11.2011 -**

Antrag:

„Die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung wird wie folgt geändert.

1. § 26.1. (Anträge an die Stadtverordnetenversammlung)

Die Aufzählung der Antragsberechtigten wird um die Worte „und dem Ausländerbeirat“ ergänzt.

Der Absatz 1 erhält damit folgende Fassung.

„Anträge an die Stadtverordnetenversammlung können von den Fraktionen, dem Oberbürgermeister, dem Magistrat, einzelnen Stadtverordneten, den Ausschüssen, dem Ältestenrat und dem Ausländerbeirat gestellt werden.“

2. Der Absatz 2 und Absatz 3 in § 14 sind zu streichen.
3. Der Absatz 1 in § 14 ist zu ändern und erhält folgende Fassung:

„Zu den öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen werden 2 Vertreterinnen/Vertreter des Ausländerbeirates Gießen eingeladen. Sie sollen zu Tagesordnungspunkten, die die Interessen ausländischer Einwohner berühren, gehört werden. Hierfür wie auch zur Begründung zu vom Ausländerbeirat eingebrachten Anträgen hat die Vertretung des Ausländerbeirats die gleiche Redezeit wie eine Fraktion.“

Begründung:

Der Ausländerbeirat der Stadt Gießen kann dieses Jahr sein 25 jähriges Bestehen feiern. Aber nicht nur das ist ein Grund, warum ein eigenes Antragsrecht für unseren Ausländerbeirat, ebenso wie für die der anderen Gebietskörperschaften, seit langem überfällig ist.

Der Ausländerbeirat vertritt auch Menschen, die seit vielen Jahren in unseren Städten und Gemeinden leben, aber ohne EU-Bürgerschaft nicht einmal das kommunale Wahlrecht haben, d. h. an der politischen Willensbildung nicht beteiligt sind.

Der Ausländerbeirat erhält durch ein eigenes Antragsrecht die Möglichkeit, im Auftrag und Interesse dieser Menschen Themen selbst zu bestimmen, mit denen sich Politikerinnen und Politiker befassen sollen.

Der Antrag wird von **Stv. Bietz**, SPD-Fraktion, begründet.

Stv. Sator, CDU-Fraktion, merkt an, dass sich die CDU heute bei der Abstimmung der Stimme enthalten werde, da das Thema fraktionsintern noch diskutiert werde. Sie gibt zu bedenken, dass durch ein Antragsrecht für den Ausländerbeirat eine wahre Antragslawine von Beiräten verschiedenster Organisationen der Stadt und auch der Ortsbeiräte auf die Stadtverordnetenversammlung zukommen könne. Gleichwohl fügt sie hinzu, dass diese Bedenken „nichts mit dem Ausländerbeirat selbst zu tun haben“.

Stv. Dr. Greilich, FDP-Fraktion, stimmt den Ausführungen der Stv. Sator zu und befürchtet, dass möglicherweise die Handlungsfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung gefährdet werde, wenn die Antragsanzahl Überhand nehme. Des Weiteren teilt er mit, dass der Ortsbeirat Kleinlinden in Kenntnis dieses im Geschäftsgang befindlichen Antrages mehrheitlich einen Antrag beschlossen habe, dass dann auch die Ortsbeiräte mit einzubeziehen seien.

Stv. Sahin, SPD-Fraktion, führt aus, das Gremium Ausländerbeirat sei „überparteilich“ und seine Aufgabe bestehe darin, „alle Nicht-Deutschen, die in

Gießen leben, zu vertreten“. Von daher sei es wichtig, Migranten die Möglichkeit zu geben, „selbst bei Entscheidungen in ihrer Stadt mitwirken zu können“.

An der Diskussion beteiligen sich die Stv. Bietz, Sator, Victor, Oechler, Sahin und Grothe.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt (Ja: SPD, GR; StE: CDU, FW).

6. Verschiedenes

Stadträtin Eibelshäuser teilt mit, dass am 18.12.2011 in Gießen erstmals der im Jahr 2000 von der UNO ausgerufene „Internationale Tag der Migranten“ begangen werde. Beginn sei um 15 Uhr im Konzertsaal des Rathauses. Zukünftig solle diese Veranstaltung jedes Jahr stattfinden, so Eibelshäuser.

Vorsitzender merkt an, dass die nächste Sitzung am Mittwoch, 08.02.2012, 19:00 Uhr, in den Räumlichkeiten der AWO Kleinlinden stattfindet. Der Sitzung wird eine Besichtigung um 17:30 Uhr vorgeschaltet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden und wünscht allen ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

DER VORSITZENDE:

(gez.) K r i e g e r

DIE STELV. SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) A l l a m o d e